

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Mündliche Frage Ausschuss IV 09.09.2020

- **303. Frage von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zum Armutsrisiko bei Frauen durch die Corona-Krise**

Mehrere Studien lassen mittlerweile vermuten, dass durch die Coronakrise in Zukunft weltweit mehr Menschen von Armut bedroht sind. In einem Artikel des GrenzEcho heißt es außerdem, dass nach Einschätzung der Vereinten Nationen, vor allem Mädchen und Frauen betroffen sind. Demzufolge sind Frauen deutlich stärker von Armut bedroht als Männer. Bis 2021 werde es für jeden Mann im Alter zwischen 25 und 34, der von extremer Armut betroffen sei, 118 betroffene Frauen geben. Bis 2030 würden es sogar 121 betroffene Frauen sein. „Frauen tragen die Hauptlast der Coronakrise, weil sie stärker gefährdet sind, ihre Einkommensquelle zu verlieren, und weniger wahrscheinlich durch sozialen Schutzmaßnahmen geschützt sind“, um dem entgegenzuwirken müssten die Regierungen in Bildungsprogramme investieren, faire Löhne fördern, soziale Absicherung garantieren und das Thema der Familienplanung zugänglicher machen. Natürlich denken wir hierbei eher an Länder, mit einem niedrigeren Wohlstandsniveau, doch auch in den Industrieländern sind Frauen eher diejenigen die im niedrigeren Lohnsektor arbeiteten, die Pflege von Angehörigen oder die Betreuung der Kinder übernehmen.

Vor diesem Hintergrund habe ich folgende Fragen:

- *Hat die Coronakrise die Armut in der DG verschärft?*
- *Sind Frauen hier bei uns stärker durch ein Armutsrisiko bedroht als Männer?*

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

- **303. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Frau SCHOLZEN (ProDG) zum Armutsrisiko bei Frauen durch die Corona-Krise**

Es ist viel zu früh, um über die Folgen der Corona-Krise zu sprechen. Zumindest lassen diese sich noch nicht in Statistiken abbilden. Klar ist, dass sich viele Menschen noch immer in Kurzarbeit befinden, was sicherlich, je nach Einkommenssituation, zu einer Armutsgefährdung führen kann. Auf der anderen Seite sorgt die Kurzarbeit für den Erhalt vieler Arbeitsplätze.

Auf Ebene der Arbeitslosigkeit wird sichtbar, dass die Corona-Krise zu einem Arbeitsplatzabbau geführt hat. Im Juni 2020 waren 2.448 Menschen arbeitslos in der DG. Das sind 290 Personen mehr als im Juni 2019. Auch hier liegt eine potenzielle Armutsgefährdung vor, insofern diese Menschen keinen neuen Arbeitsplatz finden sollten.

Positiv stimmt uns aber, dass die Zahl der Stellenangebote in Ostbelgien wieder zunimmt.

Der Entschuldungsfonds und die Schuldnerberatung sind bislang nicht vermehrt in Anspruch genommen worden. Unabhängig von Corona verzeichnet man zum Jahresende oftmals einen Anstieg der Anträge. Das wird sicherlich auch dieses Jahr so sein.

Nachfragen unsererseits bei den ÖSHZ haben ergeben, dass bisher nur vereinzelt ein Anstieg der Anfragen zu verzeichnen war, aber daraus lässt sich aktuell kein genaues Bild zeichnen. Das dürfte sich durchaus im Laufe der nächsten Monate ändern, wie ich schon mehrfach zu diesem Thema gesagt habe.

Allerdings haben mehr Menschen während der Corona-Zeit die Lebensmittelbanken besucht. Ob das nur ein kurzfristiger Effekt war oder ob es so bleibt, werden die nächsten Monate zeigen.

Auch wenn es nicht von der Hand zu weisen ist, dass viele Ostbelgier finanziell von der Corona-Krise getroffen wurden, ist aktuell eine deutliche Verschärfung der Armut bisher nicht erkennbar. Allerdings gibt es erste Indizien, wie die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und die Inanspruchnahme der Lebensmittelbanken.

Wir werden diese Entwicklungen weiter beobachten und gemeinsam mit den ÖSHZ, dem Roten Kreuz und anderen Akteuren entsprechend weitere Maßnahmen als die bisherigen ergreifen.

Was nun die Frage nach Armut speziell bei Frauen angeht, so ist das Armutsrisiko für Frauen hierzulande 1,5% höher als bei Männern. Die Situation ist keineswegs vergleichbar mit anderen Staaten. Dennoch muss es auch hier weitere Anstrengungen geben, damit wir zu mehr Lohngerechtigkeit und Unabhängigkeit der Frauen kommen.